

15. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Ladenschluss: Erst aussetzen, dann abschaffen! **– Berliner Bundesratsinitiative**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, von der Ausnahmeregelung des § 23 LadSchlG Gebrauch zu machen und die Berliner Verkaufsstellen von den Vorschriften der §§ 3 bis 16 und 18 bis 21 LadSchlG auszunehmen. Die Ausnahmeregelung wird befristet bis zur Abschaffung des LadSchlG.

Hierzu erklärt das Abgeordnetenhaus, dass die Ausnahmeregelung zur Sicherung der wirtschaftlichen Basis für die Überwindung der Haushaltsnotlage im öffentlichen Interesse dringend nötig ist.

2. Der Senat wird aufgefordert, sich durch eine Bundesratsinitiative für die Abschaffung des LadSchlG einzusetzen. Diese Initiative soll die völlige Freigabe der Öffnungszeiten von Montag bis Sonnabend zum Ziel haben.

Begründung:

Die Haushaltsnotlage nimmt täglich immer verheerendere Ausmaße an und unterminiert inzwischen massiv die wirtschaftliche Basis der Stadt.

Durch den wirtschaftlichen Niedergang der Stadt drohen Geschäftsschließungen in vierstelliger Höhe. 2002 ist mit bisher 7 % Umsatzrückgang im Einzelhandel das mit Abstand schlechteste Jahr der Nachkriegszeit, nachdem schon seit 1992 jedes Jahr reale Umsatzrückgänge zu verbuchen gewesen waren. In diesem Zeitraum gingen überdies 10 000 Arbeitsplätze im Einzelhandel verloren.

Es kommt dringend darauf an, die Wirtschaft zu stimulieren, ihr zu signalisieren, dass die Politik bereit und in der Lage ist, die Verkrustungen aufzubrechen. Die Abschaffung des Ladenschlusses ist ein solches Signal, dessen reale Wirkungen sich schnell einstellen werden.

Es kommt gar nicht darauf an, dass alle Geschäfte ihre Öffnungszeiten per saldo verlängern. Es kommt darauf an, dass sie in die Lage versetzt werden, die Öffnungszeiten den Kundenströmen und -wünschen besser anzupassen. Es kommt weiter darauf an, dass dort, wo die bestehenden Handelsstrukturen nicht aktiv sind, Existenzgründer neue Geschäfte gründen können.

Insbesondere auch die Abschöpfung touristisch generierter Umsätze wird durch die Freigabe der Ladenöffnungszeiten besser ermöglicht.

Die Debatte darf nicht allein aus dem Blick des Bestandes geführt werden. Die Pflege des Bestandes sorgt nicht für Dynamik.

Berlin, den 3. Dezember 2002

Dr. L i n d n e r v. L ü d e k e
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP